Eigenthum Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.



Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 26. August 1885. Nr. 395.

Deutschland.

Berlin, 25. August. Wie bereits berichtet worden, hat die internationale Telegraphenkonferenz das einheitliche Tarifsystem für den europäischen Verkehr angenommen. 21 Staaten, darunter alle Großmächte, stimmten mit Deutschland; vier enthielten sich wegen noch mangelnder Instruktion der Abstimmung; ablehnend war keine Stimme. Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt noch folgende nähere Mittheilungen über den Beschluß:

Die Anzahl der Telegraphentaxen in Europa belief sich bisher auf mehrere hunderte. Manche Staaten hatten allein 20 bis 30 Terminaltaxen. Auf ein und derselben Strecke und Drahtlänge bestanden verschiedene Taxen, je nach dem Bestimmungslande der betreffenden Telegramme. Für den Transit bestanden äußerst verwickelte Verhältnisse, denn da die Telegraphie keine Entfernungen kennt, so stehen ihr alle Wege, alle Transite zu Gebote mit allen Verschiedenheiten in den Taxsätzen der betheiligten Länder, so lange keine Einheit bestand. Alle diese Taxsätze waren durch Rücksichten der Reziprozität und Konkurrenz beeinflußt; jeder neue Weg erzeugte neue, und alle waren sie empirisch entstanden. Es fehlte eben ein Grundsatz, eine Idee. Der Eingangs erwähnte Beschluß der Konferenz lautet nun folgendermaßen: Une seule et même taxe élémentaire terminale, une seule et meme taxe élémentaire de transit sont adoptées pour tous les Etats soumis au régime européen. Sein lapidarer Styl entspricht der Wichtigkeit der Sache und zeigt, welche Umwälzung sich hier vollzieht. Die Terminaltaxe ist auf 10, die Transittaxe auf 8 Centimes pro Wort festgesetzt. Deutscherseits waren bekanntlich mäßigere Taxen beantragt, aber im Laufe der Verhandlungen aufgegeben worden. Für die kleineren Staaten sind die obigen Sätze auf 6½ und 4 Centimes reduzirt, was namentlich dem Transit zu Statten kommen wird. Rußland und die Türkei können in Ansehung der Schwierigkeit der Unterhaltung ihrer langen Linien in ausgedehnten und zum Theil unkultivirten Gegenden einen Zuschlag erheben. Dies ist nur billig, wenn man bedenkt, daß beide Reiche auch für ihre asiatischen Gebiete dem europäischen Regime beigetreten sind. Aehnlich verhält es sich mit den Kabeln.

Der Konferenzbeschluß vom 22. August enthält aber ferner den sehr wichtigen Grundsatz, daß, wo mehrere Wege sich darbieten, stets die Taxe des billigsten Weges (also dessen, wo die wenigsten, bezw. die kleineren Transitgebiete liegen) erhoben werden soll, ohne Rücksicht auf den Weg, welchen das Telegramm bei der Beförderung wirklich nimmt aus Instradirungs-, Sicherheits- 2c. Rücksichten. Hier finden wir also den großen Grundsatz der freien, von den Taxen unabhängigen Bewegung des Verkehrs, der bereits im Weltpostverein besteht und dort fast eben so viele Segnungen wie das billige Wort geschaffen hat.

Dies sind die bedeutungsvollen Momente des Beschlusses vom 22. August. Durch sie erst bekommt die bisherige Gemeinschaft der europäischen Telegraphen-Verwaltungen den Charakter eines wahren lebensvollen Vereins. Der Beschluß bedarf noch einer zweiten Lesung, sowie der Einstimmigkeit aller Regierungen. Es ist aber wohl anzunehmen, daß die vier Staaten, welche sich vorläufig der Abstimmung enthielten, ihre Zustimmung ertheilen werden, zumal, wie wir hören, die Vertreter derselben sich für den Beschluß ausgesprochen haben.

— Im Reichsamt des Innern ist man jetzt, wie der „N.-Ztg." berichtet wird, mit den Vorarbeiten für den Bundesrath beschäftigt, der in etwa drei Wochen zusammentreten wird. Die Hauptaufgabe desselben wird zunächst in der Feststellung der Ausführungs-Bestimmungen zum Börsensteuergesetz bestehen, welches, wie bekannt, am 1. Oktober in Kraft treten soll. Es sind dazu umfassende Vorbereitungen getroffen worden. Man hat in weitem Umfang Gutachten Sachverständiger, sowie der Organe der großen deutschen Handelsplätze eingezogen; auch sind aus einzelnen Bundesstaaten, in denen sich große Handelsplätze befinden, selbstständige Vorschläge gemacht worden, namentlich ist dies von Seiten der Hansestädte geschehen. Man erwartet ein zahlreiches Erscheinen der auswärts wohnenden Bevollmächtigten zum Bundesrath. Ob der Bundesrath sofort seine volle Thätigkeit aufnehmen, also sich auch anderweiten Aufgaben zuwenden oder sich noch einmal auf kurze Zeit vertagen wird, steht noch nicht fest und ist einstweilen noch von der Fertigstellung anderer, in Vorbereitung befindlichen Vorlagen abhängig.

— Ueber das wiederaufgenommene Projekt des Nordostsee-Kanals wird den „Hamb. Nachr." aus Kiel geschrieben:

Wie wir hören, hat das preußische Staatsministerium dem vorliegenden Projekte eines Nordostsee-Kanals seine Zustimmung ertheilt — die Voten sind schriftlich ergangen — und Preußen wird demgemäß beim Bundesrathe alsbald den Antrag auf Erbauung des Kanals einbringen. Wir glauben, gestützt auf zuverlässige Informationen, annehmen zu dürfen, daß der Bundesrath sich schon in seinen ersten Sitzungen nach den Ferien mit der Frage zu befassen haben wird. Es wird eine der interessantesten Vorlagen sein, über welche die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs wie Preußens Beschluß zu fassen haben werden; interessant sowohl wegen der Großartigkeit der Arbeiten, die erforderlich sind, um die beiden deutschen Meere zu verbinden, als auch wegen der militärischen und vornehmlich volkswirthschaftlichen Bedeutung, welche dem Projekte beizumessen ist. Bemerken wollen wir vorweg noch, daß auch die gesetzgebenden Faktoren in Preußen Gelegenheit haben werden, sich mit dem Nordostsee-Kanal zu befassen, weil ein Präzipualbeitrag Preußens im Betrage von 50 000 000 Mark vorgesehen ist, der die verfassungsmäßige Zustimmung des preußischen Landtages haben müßte. Eine lange Reihe von Jahren ist verflossen, seit Kapitän Dahlström mit seinem Projekte in die Oeffentlichkeit getreten ist. Damals dachte man an ein Privatunternehmen; es war noch eine Art von Nachklang aus der Milliardenzeit, aber es war eben nur ein Nachklang. Herr Dahlström gab sich, unterstützt von guten und einflußreichen Freunden, redliche Mühe, sein großartiges Projekt der Verwirklichung zuzuführen; aber er brauchte hierzu 107,400,000 Mark, welchen Betrag er als Kosten ermittelt hatte, die aber nicht aufzubringen waren. Der Reichskanzler behielt das Projekt im Auge und auf seine spezielle Initiative ist dasselbe wieder aufgenommen worden, um der Verwirklichung zugeführt zu werden. Freilich hat das Projekt inzwischen eine wesentlich andere Gestalt angenommen. Dahlström wollte einen Schifffahrts-Kanal für die Handelsschiffe bauen. Der Nordostsee-Kanal, wie ihn die preußische Regierung vorschlägt, soll dem Handel dienen, zugleich aber auch der Kriegsmarine dienstbar gemacht werden. Das bedingte ganz andere Vorbereitungen und Kostenanschläge. Die preußische Regierung trat mit dem Kapitän Dahlström in Verhandlung wegen Ueberlassung seiner Vorarbeiten. Die Angelegenheit kam alsbald zum Abschluß, und gegen eine Entschädigung von 3000 Mark überließ Kapitän Dahlström seine Arbeiten der preußischen Regierung, welche dieselben den ferneren Berathungen zu Grunde legte. Geheimer Ober-Baurath Bänsch erhielt den Auftrag, statistisches Material so weit als möglich zu sammeln, um eine Abschätzung der aus dem Betriebe des Nord-Ostsee-Kanals zu erzielenden Einnahmen zu gewinnen. Das Resultat wurde in einer Denkschrift niedergelegt, welche dem Reichskanzler, sowie dem Minister der öffentlichen Arbeiten unterbreitet wurde. Nunmehr erfolgte der Auftrag zur Inangriffnahme der detaillirten Vorarbeiten, oder richtiger, zur Begutachtung der bereits seitens des preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten vorbereiteten Pläne und Kostenanschläge. Zu diesem Zwecke traten Kommissare der betheiligten Ressorts im Februar 1884 zusammen. Inzwischen hatten Verhandlungen mit der kaiserlichen Marine-Verwaltung stattgefunden, welche dazu führten, daß das im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ausgearbeitete Projekt den Anforderungen der Marine entsprechend umgestaltet werden konnte. Wie weit das vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten eben unter Rücksichtnahme besagter Interessen ausgearbeitete Projekt von dem Dahlström'schen Entwurfe abweicht, ergiebt sich deutlich genug schon aus dem Kostenanschlage. Wir erwähnten schon früher, daß Dahlström die Herstellung des Kanals auf 107,400,000 Mark, die preußische Regierung dagegen auf 156,000,000 Mark veranschlagt. Würde der Nord-Ostsee-Kanal seinen Ausgang in Eckernförde nehmen und nur Handels-Kanal sein, so würden sich die Kosten auf 105,000,000 Mark stellen; bekanntlich muß aber behufs Nutzbarmachung des Kanals auch für Kriegszwecke der Ausgang von Kiel genommen werden, welche Linie sich auf 140,200,000 Mark, also um 35,200,000 Mark höher stellt. Hierzu treten noch die Mehrkosten, welche bei den einzelnen Bauobjekten erwachsen, mit 15,800,000 Mark, so daß die Gesammtmehrkosten sich auf 51,000,000 Mark belaufen. Die oben genannte Kommission ernannte alsbald nach ihrem Zusammentritt eine Sub-Kommission, welcher die Prüfung der Kostenanschläge übertragen wurde und die zugleich den Auftrag erhielt, die Kosten für die Unterhaltung und den Betrieb schätzungsweise zu ermitteln. Am 18. März 1884 hielt die Kommission, nachdem die Sub-Kommission die betreffenden Berichte erstattet, ihre letzte Sitzung ab, und nun wurde auf Grund dieser Berathung an die definitive Ausarbeitung des Projektes herangetreten. Diese Arbeiten rückten verhältnißmäßig rasch von Statten und zu Beginn dieses Jahres war Alles so weit gefördert, daß die Landes-Vertheidigungs-Kommission, welche nach einem Beschlusse des Staatsministeriums gehört werden sollte, ihrerseits an die Berathung und Begutachtung des Projektes herantreten konnte. Diese Berathungen fanden unter Vorsitz des Kronprinzen statt; nach ihrer Beendigung votirten, wie schon oben erwähnt, die einzelnen Minister schriftlich über das Projekt, welchem alle zustimmten, so daß dasselbe zur Zeit vollständig vorbereitet ist, um als Antrag Preußens im Bundesrathe eingebracht zu werden.

— Heute Nachmittag trifft in dem mähri-

Feuilleton.

Allerlei.

Der Umbau des Lehrter Bahnhofes zu einem Zentralbahnhofe für die Hamburger, Lehrter, Stettiner und Nordbahn ist nunmehr beschlossene Sache, und es werden schon in der nächsten Session des Landtages die ersten Mittel für die ganze, auf rund 10 Millionen Mark veranschlagte Anlage gefordert werden. Diese Anlage besteht erstens in dem Anbau einer zweiten Bahnhofshalle an die alte und zwar mit derselben äußeren Architektur namentlich des Hauptportals und der Kopffacade auf der Südseite, ein Projekt, welches nicht wenig zur Verschönerung jener in architektonischer Beziehung schon so bevorzugten Gegend beitragen wird. Ferner wird, um das Einlaufen der Stettiner und Nordbahngeleise zu ermöglichen, die Ringbahn in einer Kurve von der Tegelerstraße aus über den Schifffahrtskanal an die bestehenden Geleisanlagen der Hamburger und Lehrter Bahn, die natürlich entsprechend erweitert werden, angeschlossen, diese Kurve wird eine ziemlich scharfe und wird auf einem mächtigen Viadukt mit mehreren Straßenunterführungen und einer weitgespannten Kanalbrücke erbaut. Die Ringbahn wird ihrerseits zur Aufnahme des vermehrten Verkehrs vom Bahnhof Gesundbrunnen aus um zwei Geleise verbreitert und zwar so, daß die Stettiner oder Nordbahnzüge event. gleich auf die Lehrter oder Hamburger Geleise bei Bahnhof Moabit übergeführt werden können. Die Strecke der Stettiner Bahn von der Kreuzung der Nordbahn, beim Kirchhof der Sophien-Gemeinde, bis zum Bahnhof, geht sammt diesem ganz ein und es werden damit die den Norden und seinen lebhaften Verkehr so schwer schädigenden und oft beklagten Niveauübergänge beseitigt. In Pankow wird ein großer Güterbahnhof angelegt, auf welchem hauptsächlich das Rangiren der Stettiner Güterzüge vorgenommen wird, von Pankow aus wird die Stettiner Bahn in einer weiten Kurve in die Nordbahn eingeführt und außer der schon bestehenden Kurve nach Westen mit einer solchen nach Osten mit dem Nordring verbunden, natürlich immer unter entsprechender Erweiterung der Geleise und des Bahnhofs Gesundbrunnen.

Das frühere Projekt, wonach der Zentralbahnhof auf dem Terrain rechts von der Invalidenstraße zwischen Haidestraße und Bahn für den Bau bestimmt war, ist ganz aufgegeben, das genannte Terrain soll unter Konservirung der Gebäude an der Haidestraße zu Rangirzwecken benutzt werden.

* * *

Das Heirathskapitel der Prinzessin Beatrice und des Prinzen von Battenberg ist noch immer nicht abgeschlossen. Die Königin hat sich zwar in dem Prinzen einen beständigen Reisebegleiter und Gesellschafter geschaffen, aber im Uebrigen hat sie die wachsende Oede um ihre Person nur vermehrt. Dadurch, daß sie den Prinzen zur königlichen Hoheit machte, hat sie sich nicht allein mit den königlichen Hoheiten des Kontinents überworfen, sondern auch mit ihrer eigenen Familie. Zwei Mitglieder der letzteren fühlen die obige Rangbeförderung als persönliche Zurücksetzung: der Marquis von Lorne als Gemahl der Prinzessin Luise, der älteren Schwester der Beatrice, und der Prinz Ludwig von Battenberg, als Gemahl der Enkelin der Königin, der Prinzessin von Hessen. Der königliche Prinz Heinrich von Battenberg hat mit einem Male seinen älteren Schwager und seinen älteren Bruder im Range übersprungen. Das letztere geht die Engländer nichts an, das erstere aber verdenken sie der Königin sehr, denn der Marquis of Lorne ist ein Brite, der Sproß des ältesten und berühmtesten schottischen Geschlechts der Campbells, gegen welchen der morganatische Sohn eines hessischen Prinzen und einer polnischen Gräfin ein armer Emporkömmling ist. Daß der Prinz von Wales als zukünftiges Haupt der Familie die Rangspielereien seiner Mutter verabscheut, ist bekannt, denn er hält an diesen Etikette-Angelegenheiten mit einer Zähigkeit, die der Leichtigkeit seines Charakters in anderen Dingen kaum entspricht. Natürlich kann die Königin in ihrem eigenen Lande in dieser Beziehung so ziemlich thun und treiben, was sie will, aber den königlichen Hoheiten des Kontinents kann sie ihren neuen königlichen Schwiegersohn nicht aufzwingen. Sobald der Prinz von Battenberg dort als königliche Hoheit auftreten will, wird er weder in Berlin, noch in München, noch in Wien, noch in St. Petersburg bei Hofe empfangen werden. Dort gilt die feststehende Regel, daß die Königin wohl ihren leiblichen Kindern, nicht aber ihren Schwiegersöhnen die königliche Eigenschaft überträgt. Im Range würde der Prinz von Battenberg z. B. mit dem Grafen Herbert Bismarck nicht auf derselben Stufe stehen, weil letzterer der Sohn eines durchlauchtigen Fürsten, der Prinz aber nur einer morganatischen Ehe entsprossen ist. Die Königin hat eben gegen eine feierliche internationale Familienabmachung verstoßen, die im Jahre 1818 auf dem Aachener Kongresse durch ein besonderes Protokoll festgestellt wurde. Damals wollte der Kurfürst von Hessen den Königstitel annehmen. Die auf dem Kongreß versammelten Mächte aber lehnten dieses Ansinnen ab und fügten im Protokoll den Satz hinzu: „Die Kabinette verpflichten sich, künftighin keine Titelveränderungen der Souveräns noch der Prinzen ihrer Häuser ohne vorherige Abmachung untereinander vorzunehmen. . . . Was den Titel „Königliche Hoheit" betrifft, so soll er nur für die Häupter der großherzoglichen Häuser, den Kurfürsten von Hessen einbegriffen, sowie für ihre muthmaßlichen Thronerben gelten." Dieses Protokoll ward damals von Lord Castlereagh und dem Herzog von Wellington ebensogut unterzeichnet wie von Metternich, Richelieu, Hardenberg und Nesselrode. Die Königin hatte sich also nach dieser Abmachung zu richten, wenn sie überhaupt noch Werth auf solche Rang-Unterschiede legt. — Es ist sicher, daß im nächsten Monat zu Kopenhagen ein Stelldichein der gesammten dänischen Familie stattfinden wird. Ob dann die Verlobung der Prinzessin Luise von Wales mit dem Prinzen Oskar von Schweden, von welcher wiederholt die Rede war, schon eine Thatsache sein wird, scheint noch sehr die Frage. Jedenfalls aber findet dann im Schloß von Fredensborg die Verlobung des Prinzen Waldemar von Dänemark mit der Prinzessin Marie von Orleans, der ältesten Tochter des Herzogs von Chartres, statt.

chen Landstädtchen an der rauschenden March das russische Kaiserpaar ein. Zur Begrüßung des Kaisers aller Reußen waren bereits gestern in dem galizischen Grenzstädtchen Szczakowa der Statthalter von Galizien der Landeskommandirende, Herzog von Württemberg, und der General der Kavallerie, Fürst Windischgrätz, eingetroffen. Bald nach ihrer Ankunft trafen auch der russische Minister von Giers und der Botschafter Lobanow ein. Giers setzte alsbald die Reise nach Domrowar fort.

Die Reihe der glänzenden Festlichkeiten in Kremsier wurde bereits gestern eröffnet und zwar durch eine von dem Hoftheater-Intendanten Baron Hofmann zu Ehren der anwesenden Vertreter der Presse veranstaltete Soiree. Derselben wohnten Graf Kalnoky, Graf Taaffe, Sektionschef von Szögyenyi, Botschafter Graf Wolkenstein, Statthalter Graf Schönborn, Freiherr von Novcza, Bürgermeister Bojakowski, mehrere Hofwürdenträger, Offiziere, Künstler und etwa 40 Vertreter hervorragender inländischer und ausländischer Blätter bei.

Ein Telegramm aus Szczakowa meldet über die Ankunft des russischen Kaiserpaares: Heute früh präzise 5 Uhr 10 Min. fuhr der Bahnzug mit den russischen Majestäten in den mit russischen, österreichischen und galizischen Landesfarben geschmückten Bahnhof ein, während das Musikkorps der daselbst aufgestellten Ehren-Kompagnie die russische Nationalhymne intonirte. Kaiser Alexander, in der Uniform seines österreichischen Regiments, verließ, gefolgt von den Großfürsten, den Waggon und schritt unter Vorantritt des Fürsten Lobkowitz die Ehrenkompagnie ab. Der Großfürst Thronfolger, sowie der Großfürst Wladimir hatten, ersterer die Uniform eines österreichischen Ulanen-Oberstlieutenants, letzterer die seines österreichischen Husaren-Regiments angelegt, Großfürst Georg trug russische Kosaken Uniform. Nach Besichtigung der Ehrenkompagnie erfolgte die Vorstellung durch den FZM. Baron Ramberg. Kaiser Alexander reichte dem Herzog von Württemberg, dem Fürsten Windischgrätz und dem Statthalter Zaleski die Hand und konversirte mit dem Letzteren kurze Zeit. Ebenso begrüßten der Großfürst-Thronfolger und Großfürst Wladimir die anwesenden Generale und den Statthalter. Die Kaiserin verblieb mit ihren Damen im Waggon. Nach viertelstündigem Aufenthalte setzten die russischen Majestäten in dem nunmehr von dem Hofrath Claudy geführten Zuge die Reise nach Kremsier fort.

In Oderberg trafen der Kaiser und die Kaiserin von Rußland um 8 Uhr 30 Minuten ein und wurden daselbst von dem Landespräsidenten Marquis v. Bacquehem und Namens des deutschen Kaisers durch den General der Kavallerie Grafen Brandenburg empfangen und begrüßt. Kaiser Alexander verließ den Waggon und richtete einige Worte an die zur Begrüßung anwesenden Behörden. Der Landespräsident nahm im Hofzuge Platz, um die russischen Majestäten auf der Fahrt durch Schlesien zu geleiten.

— Aus den russischen Ostseeprovinzen kommt eine durch das Wolff'sche Bureau unter heutigem Datum übermittelte Nachricht, welche nicht verfehlen wird, in Deutschland gerechtfertigtes Aufsehen hervorzurufen:

„Das Stadthaupt von Riga, Büngner, und das Stadthaupt von Reval, Greiffenhagen, sind auf Befehl des Kaisers wegen Auflehnung gegen den Gebrauch der russischen Sprache im offiziellen Verkehr des Amtes entsetzt worden."

Die kurze und deutliche Fassung der Depesche sagt sehr viel und auch sehr wenig. Eine Amtsentsetzung „auf Befehl des Kaisers" wegen „Auflehnung gegen den Gebrauch der russischen Sprache" muß einen ernsteren Hintergrund haben. Die nöthige Aufklärung wird ohne Zweifel nicht lange auf sich warten lassen. Auffällig ist immerhin, daß die scharfe Maßnahme der russischen Regierung im Interesse der russischen Sprache mit den verschärften Ausweisungsmaßregeln der deutschen Behörden gegen die jenseitigen Unterthanen zeitlich zusammenfällt.

— Nach Londoner Blättern sollte Lord Hartington im englischen Unterhause eine angebliche Bemerkung des General-Feldmarschalls Grafen von Moltke über die englischen Truppen im Sudan zitirt haben, welche folgendermaßen gelautet haben soll:

„Ihre Truppen am Nil waren Helden, nicht Soldaten! Ihre britische Kavallerie verwandelte sich in Infanterie, Ihre Fußsoldaten wurden Matrosen und Ihre Seeleute berittene Infanterie!"

Dazu schreibt jetzt die „Neue Preußische Zeitung":

„Alle diejenigen, welche die Redeweise des General-Feldmarschalls kennen, werden von vornherein bezweifeln, daß er ein Urtheil in dieser Form kundgegeben habe. In der That können wir versichern, daß Graf Moltke einen solchen Ausspruch, wie den von Lord Hartington angeführten, niemals gefällt hat. Dagegen mag er wohl die Meinung gelegentlich geäußert haben: daß die englischen Truppen im Sudan sich heldenhaft benommen haben, und daß nur zu bedauern sei, daß man ihnen eine Aufgabe zugewiesen, an welcher sie nothwendig scheitern mußten."

— Die gegenwärtige spanische Regierung kann es als ein Zeichen besonders freundschaftlicher Gesinnungen der deutschen Regierung zu ihr betrachten, wenn sie jetzt aus freien Stücken von dieser das Anerbieten erhält, die plötzlich zwischen beiden entstandene Streitfrage dem Schiedsspruche einer beiden befreundeten Macht zu unterbreiten. Der Schritt, den der Fürst Reichskanzler gethan hat, ist um so ungewöhnlicher, als vorläufig noch immer nicht die amtliche Meldung von der thatsächlichen Besitzergreifung der Karolinen-Inseln vorliegt; er beweist aber, daß der deutschen Regierung alles daran liegt, so schnell wie möglich die Meinungsverschiedenheit aus der Welt zu schaffen, und er beweist ferner, daß die deutsche Regierung schon jetzt sich bereit erklärt, die Besitzergreifung, falls sie schon vollzogen sein sollte, ungeschehen zu machen, sofern die spanischen Ansprüche sich als begründet erweisen. Dieser Schritt ist um so höher zu erachten, als einestheils über allen Zweifel erhaben ist, daß Deutschland nur im besten Glauben von der bisherigen Unabhängigkeit der Karolinen-Inseln gehandelt hat, und anderntheils die zahlreichen Gegner der spanischen Regierung und des spanischen Königthums inzwischen ihrerseits alles aufgeboten haben, Deutschlands Zorn zu erregen und es von der Bahn des Entgegenkommens und des ruhigen Urtheils abzudrängen. Diese Feinde Spaniens, die insbesondere in England und Frankreich ihr Spiel getrieben haben, waren von deutscher Seite längst erkannt; ihre gegenwärtigen Hetzereien werden aber zweifellos auch dazu beitragen, den unbefangenen Politikern in Spanien immer mehr die Augen zu öffnen. Jeder Spanier, der das widerwärtige Auftreten des Gladstoneschen Kabinets den ersten bescheidenen kolonialpolitischen Schritten Deutschlands gegenüber und das wüste Lärmen der französischen Presse und des französischen Volks bei der letzten Reise des Königs Alfons durch Paris mit dem gegenwärtigen loyalen und entgegenkommenden Auftreten Deutschlands den spanischen Ansprüchen gegenüber frei von Leidenschaft vergleicht, wird keinen Augenblick in Zweifel darüber sein, daß die deutsche Regierung die vielen Beweise von Freundschaft und Wohlwollen, die sie dem spanischen Volke dargebracht hat, auch im gegenwärtigen Falle vermehrt und bestätigt. Mißverständnisse können auch unter den besten Freunden vorkommen, bei gegenseitigem guten Willen sind sie aber leichter zu beseitigen, und dann dient diese Wegräumung nur dazu, die alte Freundschaft zu verjüngen und um so fester zu kitten. Es ist zu hoffen, daß es den Hetzern in Spanien und im Auslande nicht gelingen werde, diese rasche Verständigung zu durchkreuzen und unmöglich zu machen.

— In Madrid hat am Sonntag Abend zwischen fünf und acht Uhr die angekündigte Massenkundgebung wegen der Besetzung der Karolineninseln stattgefunden. Nach Madrider Telegrammen soll sich die Zahl der Theilnehmer auf 150,000 belaufen haben, doch lassen selbst französische Blätter dieser Zahl ein Fragezeichen folgen. Der Zug, in dem sich etwa 60 Fahnen befanden, durchzog vom Prado aus die Hauptstraßen der Stadt unter den beständigen Rufen: „Es lebe die Unverletzlichkeit Spaniens! Es lebe die spanische Armee! Nieder mit den Usurpatoren!" Vor den Amtsgebäuden des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern hielt der Zug eine Weile, um seinen Protest besonders laut hören zu lassen. Mehrere Mitglieder politischer und militärischer Vereine hielten Ansprachen an die Massen. Die Regierung hatte die nöthigen Maßregeln getroffen, um Unordnungen zu verhüten; doch scheint die ganze Kundgebung ohne störenden Zwischenfall verlaufen zu sein. Die deutsche Gesandtschaft wurde in keiner Weise belästigt.

Nach dem Verlauf der Kundgebung gewinnt man den Eindruck, daß dieselbe zum Mindesten ebenso viel wie gegen Deutschland gegen die spanische Regierung selbst gerichtet war, weil diese so lange gezögert hat, die angeblichen Besitzrechte Spaniens auf die Karolineninseln durch äußere Zeichen und Handlungen unanfechtbar zu machen. In einem Theile der Madrider Presse wird dies in der That ausgesprochen und man fordert von der Regierung nunmehr entschlossenes Auftreten. Einige Blätter äußern dabei sogar eine Kriegslust, die in ihrer Ueberschwänglichkeit manchem Lächeln begegnen wird. Da wird von den 600,000 Gewehren gesprochen, welche Spanien — auf dem Papiere — hat; ferner von dem Bombardement aller deutschen Schiffe, welche die Meerenge von Gibraltar durchfahren, von Ertheilung von Kaperbriefen, um die deutschen Handelsschiffe zu vernichten, von Ankauf einer neuen Flotte und was dergleichen spanisches Strohfeuer mehr ist.

Das Erste, was verlangt wird, ist aber natürlich das gewaltsame Herunterreißen der deutschen Flagge auf den Karolineninseln oder vielmehr, wie man jetzt endlich erfährt, auf der Insel Ponape. Diese Insel der Karolinengruppe soll es sein, deren sich Deutschland zunächst bemächtigt hat. Ponape findet sich in der Zusammenstellung erwähnt, welche Dr. Stuebel, der Verweser des deutschen Konsulats in Apia, über die Besitzungen der Firma Hernsheim u. Co in der Südsee gemacht hat und die sich in dem Weißbuch über die deutschen Interessen in der Südsee abgedruckt findet. Die genannte Firma hat dort seit 1876 zwei Faktoren auf eigenem Grundbesitz und außerdem noch einen Grundbesitz im Norden der Insel, Kitti-Harbour; ferner hat sie später noch eine Faktorei auf den in der Nähe von Ponape gelegenen Antsinseln erworben. Auf Ponape ist nach Stuebel's Angaben ferner noch die englische Firma Henderson u. Mc Farlane durch einige Händler vertreten. In einem Bericht, der sich ebenfalls im genannten Weißbuch findet, hat Dr. Stuebel es als dringend wünschenswerth bezeichnet, daß die wichtigeren Karolinen spätestens in diesem Jahre durch ein kaiserliches Kriegsschiff besucht werden; als Zeit, wo die Reise von Apia aus angetreten werden könnte, giebt er den Monat Mai an. Nach Allem, was man jetzt von den Karolineninseln erfahren hat, scheint der Rath befolgt worden zu sein.

Ausland.

Paris, 23. August. Die französische Presse hetzt mit aller Macht die Spanier gegen Deutschland auf, und die spanische Regierung wird laut „Havas" sogar ihre Kriegsschiffe bei den Philippinen verstärken! Noch mehr: „Havas" theilt, freilich nur noch als Gerücht, mit, „daß alle deutschen Ehren und Orden zurückgeschickt werden sollen, wenn Deutschland nicht die Karolinen wieder herausgiebt". Die Insel, um die sich's zunächst handle, meldet „Havas", heiße Pourigi und diese liege 300 Seemeilen von der Insel Yag, „wo zwei spanische Kreuzer eingetroffen sind". Die „Agence Havas" nimmt selbst keinen Anstand, Lächerlichkeiten durch den Telegraphen zu verbreiten, wie die: Deutschland habe eine der japanischen Inseln besetzt! Wie man sieht: allzu eifriges Hetzen macht dumm.

Die Pariser Blätter, „Journal des Debats" und Voltaire voran, beschäftigen sich fortwährend mit den Gesundheits-Verhältnissen von Paris. „Paris stinkt!" Dieses Wort klingt vom Voltaire etwas roh, aber völlig zutreffend, ja, einige Stadttheile, namentlich die Montmartre-Gegend, werde bald völlig unbewohnbar werden, wenn nicht bald Abhülfe geschehe.

Der „Figaro" bringt aus Soltau einen Bericht: „die Kavallerie-Manöver in Deutschland", der jedoch nichts bemerkenswerthes enthält als den Satz: „Ich habe, wie ich unbedenklich gestehe, die Präzision der Bewegungen bewundert. Die deutsche Reiterei versteht besonders die Kunst, die Pferde in Flug zu setzen."

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. August. Gerichtsvollzieher haben in letzter Zeit wiederholt die ihnen von einem Kaufmann zugesandten Waaren im Anschluß an Zwangsversteigerungen öffentlich meistbietend versteigert, ohne daß für die gedachten Waaren die Wanderlagersteuer entrichtet war. In Hinsicht auf diese Fälle sind die Ortspolizeibehörden höheren Orts darauf aufmerksam gemacht worden, daß nach dem Erkenntnisse des königlichen Kammergerichts zu Berlin vom 7. April 1881 unter einem „Wanderlager" im Sinne des Gesetzes betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes vom 27. Februar 1880, nicht nur Waaren von bedeutender Menge zu verstehen, die von vorn herein dazu bestimmt sind, in verschiedenen Verkaufsorten feilgeboten und verwerthet zu werden; daß es vielmehr zum Begriffe eines Wanderlagerbetriebes genüge, wenn von einem größeren Wanderlager abgezweigte Bruchtheile, auf deren Größe es weiter nicht ankommt, nach einem anderen Ort zur Verwerthung gesandt und dort unter den im § 11 cit. vorgeschriebenen Umständen feilgeboten werden. Für einen derartigen Geschäftsbetrieb ist mithin die Waarenlagersteuer zu entrichten. Die Gerichtsvollzieher dürfen die Versteigerung von Waaren eines Wanderlagers nur dann übernehmen, wenn ihnen die Entrichtung der Steuer für den Wanderlagerbetrieb nachgewiesen ist. In den vorliegenden Fällen waren die betreffenden Gerichtsvollzieher wegen Uebertretung der angezogenen Bestimmung in Ordnungsstrafe von 15, beziehungsweise 20 Mk. zu nehmen. Die Ortspolizeibehörden werden schließlich angewiesen, die Befolgung dieser Vorschriften genau zu überwachen und Uebertretungsfälle sofort zur Anzeige zu bringen.

— In der Zeit vom 16. bis 22. August sind hierselbst 23 männliche, 20 weibliche, in Summa 43 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 29 Kinder unter 5 Jahren und 7 Personen über 50 Jahre. Von den Kindern starben 17 an Durchfall und Brechdurchfall.

— Trotz der Gerichtsferien sind bei den Sitzungen der Strafkammer meist so viele Termine zur Verhandlung angesetzt, daß die Bewältigung derselben dem Richterkollegium keine geringe Anstrengung bereitet. So waren in der gestrigen Sitzung nicht weniger als 13 Termine anberaumt und dazu 55 Zeugen geladen, die meisten Anklagen waren nicht von großem Interesse und fast die Hälfte betrafen strafbaren Eigennutz, aber einige nahmen doch so lange Zeit in Anspruch, daß Nachmittags 4 Uhr die Sitzung noch nicht beendet, sondern noch eine Anklage wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels, zu welcher 11 Zeugen geladen waren, anstand. Da vorauszusehen war, daß auch diese Verhandlung eine sehr lange Zeit in Anspruch nehmen würde, erklärten einige der beisitzenden Herren Richter, daß es ihnen nicht möglich sei, weiter an der Sitzung theilzunehmen und wurde deshalb wegen Erschöpfung des Richter-Kollegiums die Sitzung aufgehoben.

— Am Sonntag beging der Zentral-Schützenbund „Pommerania" sein Bundesschießen im Schießpark zu Züllchow. Obwohl die theilnehmenden Vereine schon am Morgen durch den anhaltenden Regen im wahren Sinne des Wortes bis auf die Haut durchnäßt waren, störte das den Frohsinn in keiner Weise und im Laufe des Tages wurde wacker darauf losgeschossen. Die Königswürde errang für Se. königl. Hoheit den Kronprinzen Herr Zienow (Hauszimmergesellen-Schützenbund) und die Herren Grade (Hauszimmergesellen-Schützenbund) und Maibauer (Schützenbund der Oberwiek) die Ritterwürden. Die ersten Ehrenpreise erhielten die Herren Schwartz (Pommerensdorfer Schützenbund) und Goßmann (Maurer-Schützenbund), die zweiten Preise die Herren A. Böttcher (Neue Züllchower Schützen-Komp.) und H. Wendtlandt (Hauszimmergesellen-Schützenbund) und die dritten Preise die Herren A. Eichel (Schützenbund der Oberwiek) und Böttcher II (Neue Frauendorfer Schützen-Komp.). Am Abend vereinigten sich die Theilnehmer im Züllchower Schützenhause zu einem gemüthlichen Tanz.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysiumtheater: „Ehrliche Arbeit"

Vermischte Nachrichten.

— Der bekannte Käsehändler Vallentin in Berlin ist in einen neuen Prozeß verwickelt. Wie gemeldet wird, hat ein von Vallentin entlassener Hausdiener der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht, daß Vallentin unmittelbar vor einer bei ihm vorgenommenen Revision im Nachbarhause einen Hofkeller miethete und daß er hier mehrere Fässer mit verdorbener Butter unterbringen resp. verstecken ließ. Weiter heißt es in dem Berichte, daß ihm, dem Hausdiener, von Vallentin 90 Mark geboten wurden, falls er die beabsichtigte Anzeige unterlassen wolle. Die Staatsanwaltschaft hat hierauf die Anklage gegen Vallentin erhoben, zu welcher ein Termin unter Vorladung einer großen Anzahl von Zeugen auf den 20. August anberaumt ist.

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Bremen, 25. August. Das zu Ehren der Mitglieder der Telegraphen-Konferenz im hiesigen Rathskeller veranstaltete Fest verlief auf das Glänzendste. Als Staatssekretär Dr. v. Stephan den Keller verließ, wurden demselben von dem Publikum lebhafte Ovationen dargebracht. Heute früh besichtigten die Mitglieder der Konferenz die hervorragendsten Gebäude Bremens, machten dann eine Umfahrt durch die Stadt und reisten um 10 Uhr mittels Extrazugs nach Bremerhafen und Geestemünde weiter.

Wiesbaden, 25. August. Nachdem Erkrankungen am Typhus in den letzten Tagen nicht mehr vorgekommen sind, beschloß die königliche Regierung in ihrer heutigen Sitzung, daß die hier aufgetretene Epidemie als erloschen zu betrachten sei und daß die damit zusammenhängenden Maßregeln einzustellen seien.

Kremsier, 25. August. (B. B.-C.) Gestern wurden drei zugereiste und legitimationslose Personen — die der gesteigerten Wachsamkeit als verdächtig erschienen — vorsichtsweise verhaftet. Die sämmtlichen Sicherheitsvorkehrungen zeigen von ängstlicher Sorgfalt. Die Bahnstrecke Prerau Kremsier ist von Windischgrätz-Dragonern förmlich zernirt. Sämmtliche Straßen und Brücken werden fortdauernd von starken Abtheilungen von Genietruppen in der penibelsten Weise untersucht. — Unterkunft ist in Kremsier absolut nicht mehr zu haben. Für ein kleines Dachzimmer werden 30 Gulden täglich bezahlt. Zur gehörigen Ausrüstung und Ausschmückung des Schlosses sind über 1800 Kolli Möbel, Geräthe 2c aus Wien hier eingetroffen. Als erste Rate für die Kosten von Kremsier hat das Hofzahlamt 500,000 Gulden ausgezahlt.

Wien, 24. August. Der König von Griechenland ist heute nach Kopenhagen abgereist.

Pest, 24. August. Das zu Ehren der Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen von dem Minister Freiherrn Kemeny veranstaltete Banket, an welchem gegen 200 Personen theilnahmen, verlief in glänzender Weise. Der Minister brachte zunächst einen Toast auf den Kaiser aus und sodann auf diejenigen Monarchen, deren Länder vertreten waren.

Paris, 24. August. In den letzten 24 Stunden sind in Toulon 26, in Marseille 44 und unter den Mannschaften des Evolutionsgeschwaders bei den hyèrischen Inseln 4 Choleratodesfälle vorgekommen.

Madrid, 25. August. Gestern fand unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerrath statt, der sich mit der Verlesung von auf die Karolinen-Inseln bezüglichen diplomatischen Schriftstücken beschäftigte. Der Minister des Auswärtigen theilte ein Telegramm aus Berlin mit, welches den zweiten Protest der spanischen Regierung beantwortet. In demselben wird seitens der deutschen Regierung erklärt, daß sie dem Zwischenfall, der die guten Beziehungen Deutschlands zu Spanien nicht alteriren könne, keine Wichtigkeit beilege, sie betrachte die Karolinen Inseln bis zum Beweise des Gegentheils als Niemand angehörig, denn Spanien habe dort keinerlei Behörde eingesetzt. Weitere eingehendere Erklärungen sollen durch Kurier erfolgen.

London, 25. August. Durch einen Erlaß des Kriegs-Departements wird die Demobilisirung der Armee-Reserve verfügt.

Der „Times" zufolge dürfe die Zulfikarfrage mit Ausnahme einiger, mit der Trazirung der Grenzlinie zusammenhängenden Details als gelöst angesehen worden.

Dublin, 24. August. Bei dem heute von Mitgliedern der irländischen Gemeinden zu Ehren Parnell's veranstalteten Bankett erklärte Parnell, die Schlacht, welche die irischen Deputirten in dem neuen Parlamente zu liefern haben würden, werde die letzte sein, das Programm der Partei werde nur das einzige Ziel der nationalen Unabhängigkeit haben und er sei überzeugt, daß man dieses Ziel erreichen werde.